

## **Änderungsantrag Nr.**

TE072

### **Beantragt von**

AG Energiepolitik, vertreten durch [Hartmut](#)

### **Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

### **Schlagworte Pro**

### **Schlagworte Contra**

### **Beantragte Änderungen**

## **Nachhaltigkeit**

Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die wirtschaftliche Aspekte über Nachhaltigkeit, Transparenz und Umweltverträglichkeit stellen. Insbesondere die Reduzierung des Energieverbrauches gehört gegenwärtig weder zu den wesentlichen unternehmerischen noch zu den vorherrschenden politischen Zielen.

Von der dauerhaften Verfügbarkeit einer bezahlbaren Energieversorgung hängt aber unser aller Wohlstand wesentlich ab. Demzufolge müssen sich an diesem Ziel alle energiepolitischen Maßnahmen messen und daraus ableiten lassen.

Jede Form der Energieerzeugung und -verteilung muss nachhaltig gestaltet werden, da die Ressourcen endlich und deren Verbrauch terminiert ist. Unser Ziel ist, dass innerhalb einer Generation mehr als die Hälfte des Energiebedarfs aus regenerativen Ressourcen gedeckt wird. Dies muss sowohl umweltschonend als auch gesellschaftlich verträglich erfolgen. Einen wesentlichen Beitrag leisten dabei auch die Vermeidung und Reduzierung von Verbräuchen, gepaart mit Effizienzgewinnen.

Getragen von den Grundsätzen Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgernähe gibt sich die Piratenpartei Deutschland folgende energiepolitische Leitlinien.

## **Versorgungssicherheit**

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen nationalen Energieplan ein, der die Ziele der Nachhaltigkeit, Effizienz und Versorgungssicherheit unter den Aspekten der Umweltverträglichkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz verfolgt.

Dieser Energieplan muss mit allen Beteiligten abgestimmt werden, wobei aber nicht rein wirtschaftlichen Interessen Priorität bei der Festlegung der Regeln eingeräumt werden soll.

Ein wesentlicher Aspekt der Versorgungssicherheit ist die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -verteilung. Kleinteilige Strukturen schaffen mehr Sicherheit, als große, zentralisierte Einheiten. Zugleich sind die Betriebs- und Ausfallrisiken geringer. Die Energiewirtschaft soll so organisiert werden, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst diversifiziert und transparent

erfolgen und auch die Preisgestaltung öffentlich nachvollziehbar vorgenommen wird. Dies wird durch heterogene Strukturen und fairen Wettbewerb nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht erreicht.

Die Betonung der Dezentralisierung schließt jedoch grenzüberschreitende Großprojekte – wie beispielsweise internationale Verbunde von Windkraftanlagen und Verteilungsnetzen, Desertec und ITER – nicht aus. Diese müssen jedoch vor allem auf Kooperation und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und weniger auf Gewinnmaximierung und Bildung von Infrastrukturmonopolen.

### **Netzausbau und Neutralität der Netzbetreiber**

Im Sinne der Versorgungssicherheit und zur Vermeidung einer Konzentration auf wenige Anbieter sollen insbesondere Strom-, Gas- und Wärmenetze durch die öffentliche Hand reguliert werden, beispielsweise durch einen genossenschaftlichen Ansatz. Unsere Politik wird gewährleisten, dass die Netzinfrastuktur den Systemwandel in der Energiewirtschaft unterstützt. Dies muss durch Gesetzesinitiativen im Rahmen des nationalen Energieplanes sichergestellt werden.

### **Begründung**

Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgernähe sind wesentliche prägende Prinzipien. Betrachtet man die Energiepolitik unter diesem Blickwinkel und nimmt man Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit als wesentliche Leitlinien hinzu, so gelangt man zu der Überzeugung, dass an der Umstrukturierung der Energiewirtschaft in Richtung erneuerbare Energien, gepaart mit Energieeinsparmaßnahmen und einem Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltungskraftwerke kein Weg vorbei führt. Die hier vorgestellten Absätze sind im Zusammenhang mit den Modulen 1 bis 4 zur Energiepolitik zu sehen.